Rettende Tropfen

Ein Mädchen wird im Kinderkrankenhaus von Peschawar gegen Kinderlähmung geimpft. In der Umgebung der Stadt nahm die Polizei in dieser Woche rund 500 Männer fest, weil sie sich weigerten, ihre Kinder impfen zu lassen. Eine Verzweiflungstat der Regierung: 2014 waren über 300 Pakistaner an der fast schon ausgerotteten Seuche erkrankt, knapp doppelt so viele wie im Vorjahr. Die meisten Polio-Fälle traten hier im Nordwesten Pakistans auf, wo die Taliban mit Gewalt gegen Impfteams vorgehen. Seit 2012 wurden über 60 Helfer getötet. say

USA

hdr22@clintonemail.com

Es erscheint wie eine Kleinigkeit, aber sie könnte zu einer Belastung für ihre Präsidentschaftskandidatur werden: Während ihrer Amtszeit als US-Außenministerin hat Hillary Clinton keine Mailadresse des Ministeriums, sondern ein privates Postfach genutzt. Erst nach mehrmaliger Aufforderung übergaben ihre Mitarbeiter kürzlich 55 000 Seiten mit ausgedrucktem Mailverkehr aus den Jahren 2009 bis 2013. Unklar ist, wie viele Mails die Außenministerin insgesamt in dieser Zeit verschickt hat – und ob es weiteren Schriftverkehr mit politischem Bezug gibt. Ihre Gegner werfen ihr vor, sie habe ihre Kommunikation einer kritischen Überprüfung entziehen wollen. Genährt wird der Verdacht auch dadurch, dass Clinton einen eigenen Mailserver benutzte, der unter ihrer Privatadresse registriert war. Mittwochnacht kündigte Clinton per Twitter an: „Ich will, dass die Öffentlichkeit meine E-Mails sieht.“ Sie habe daher um deren Freigabe gebeten. Konservative Kritiker und ein Ausschuss des Repräsentantenhauses fordern derweil die Herausgabe sämtlicher relevanter E-Mails, etwa Clintons Korrespondenz hinsichtlich des Angriffs auf das US-Konsulat im libyschen Bengasi 2012. Bei den Demokraten befürchtet man, dass sich die Mailaffäre über Monate hinziehen könnte. Ursprünglich war erwartet worden, dass Clinton im Frühsommer ihre Bewerbung für die Präsidentschaftskandidatur bekannt gibt. Nun könnte sie gezwungen sein, die Ankündigung vorzuziehen. Denn erst als Wahlkämpferin hätte sie genügend Mitarbeiter und Gelder, um auf die Vorwürfe mit einer Gegenkampagne reagieren zu können. hst

Außenministerin Clinton 2011

FOTOS: FAYAZ AZIZ / REUTERS (O.); KEVIN LAMARQUE / REUTERS (L.); IAEA / AFP (R.)

Kommentar

Kein Weg zurück

Warum China sich nicht mehr vom Westen abschotten kann

Peking dreht der Welt den Rücken zu – das stellen in diesen Tagen einige der besten Chinakenner fest. Von „Selbstisolation“ spricht der US-Autor James Fallows, von einer „Schubumkehr“ Sebastian Heilmann vom Mercator-Institut für Chinastudien. Das Land, sagt Heilmann, schließe nun die Türen, die der Wirtschaftsreformer Deng Xiaoping vor 35 Jahren aufgestoßen hat. Das ist ein ernster und dramatischer Befund. Tatsächlich häufen sich seit dem Antritt der neuen Führung vor zwei Jahren die Zeichen für einen historischen Schwenk: Hohe Kader warnen vor dem verderblichen Einfluss des Westens, Regierungskritiker werden drakonisch bestraft. Selbst europäische oder amerikanische Wirtschaftsführer, bislang Fans des „chinesischen Modells“, klagen über ökonomischen Nationalismus und die Benachteiligung ausländischer Firmen. Die Chinesen müssten dies ändern, „wenn sie mit den USA Geschäfte machen wollen“, mahnte Präsident Barack Obama diese Woche. Aber kann China sich überhaupt verschließen? Die Volksrepublik ist heute so eng mit der Welt verbunden wie nie zuvor: Millionen Chinesen reisen in den Westen, Hunderttausende studieren dort – darunter auch die Tochter von Präsident Xi Jinping. Sie nutzen das Internet, und viele stehlen sich dabei tagtäglich an der Zensur vorbei, um kritische Blogs zu lesen oder sich US-Serien anzusehen. Auch Chinas Unternehmer sind auf allen Erdteilen aktiv. Der bekannteste von ihnen, Jack Ma, Chef des Onlinehändlers Alibaba, wird kommende Woche zur Eröffnung der Cebit nach Hannover kommen. Die Warnungen der Skeptiker sind trotzdem ernst zu nehmen, denn viele in der KP-Führung würden China tatsächlich gern abschotten. Doch die Politik der Öffnung hat Fakten geschaffen – und selbst die KP kann diese nicht ignorieren. Als der Bildungsminister die Universitäten kürzlich anwies, Lehrbücher aus dem Kanon zu streichen, die „westliche Werte“ vermittelten, wurde er im Internet mit Hohn und Spott übergossen. Die Zensur kam gar nicht hinterher, die neuen Einträge zu löschen. Die Tür nach China geht immer wieder ein Stück auf und zu. Doch um sie abzuschließen, dafür ist es zu spät. Bernhard Zand

Fußnote

165 300

irische Staatsbürger im Alter von 15 bis 24 Jahren sind seit 2010 ausgewandert – so viele wie aus keinem anderen europäischen Krisenland. In Irland leben rund 4,7 Millionen Menschen, im Ausland eine Million Iren. Nun will die Regierung den Exodus stoppen: Am Dienstag stellte Premier Enda Kenny eine Initiative vor, die vor allem jüngere, hoch qualifizierte Emigranten zurücklocken soll. Die Arbeitslosenquote liegt allerdings noch immer bei über zehn Prozent. say

Japan

40 Jahre zum Aufräumen

Am 11. März jährt sich zum vierten Mal die Tsunami- und Nuklearkatastrophe, die weite Teile des japanischen Nordostens verwüstete – und noch immer ist keine Normalisierung in Sicht. Viele der 160 000 Flüchtlinge leben weiterhin in Notunterkünften; im Umkreis von 20 Kilometern um die Ruine des Kernkraftwerks Fukushima Daiichi sind die meisten Orte gesperrt. Ende Februar räumte die Betreibergesellschaft Tepco ein, dass seit knapp einem Jahr hoch verstrahltes Regenwasser vom Dach des Reaktorblocks 2 ins Meer geflossen sei. Täglich strömen überdies rund 300 Tonnen Grundwasser in die verseuchte Anlage. Um es aufzufangen sowie Trümmer zu beseitigen, sind rund 7000 Arbeiter im Einsatz. Doch um Fukushima Daiichi abzuwracken, dürfte Tepco mindestens 40 Jahre brauchen. Auch in die nicht verstrahlten Küstenregionen kehrt der Alltag nur schleppend zurück. Rund 22 Milliarden Euro an staatlichen Hilfsgeldern wurden bisher nicht einmal abgerufen; von den geplanten 20 000 neuen Wohnungen wurde erst ein Fünftel gebaut. Oft können sich Bewohner und Behörden über Wiederaufbauprojekte nicht einigen, auch fehlen Arbeitskräfte. Die Region leidet schon lange unter Bevölkerungsschwund, die Katastrophe hat diesen Trend noch beschleunigt. ww

Inspekteure in Fukushima